

Vis-à-Vis mit Angela Merkel, (14 Minuten), 13.09.2011, 10.45 Uhr.

Regionale Hörfunksendern gewährt das Bundespresseamt, die Kanzlerin, immer nur kurz vor Landtagswahlen kurze Interviews. 20 Minuten waren für diesen Termin eingeplant. Inklusive Begrüßung und Foto. Als ich gerade dabei war, die Stoppuhr meines iPhones zu starten und der Fotograf munter weiter fotografierte, stoppte sie ihn. Auf einem Foto schaut sie deshalb recht unwirsch drein.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hofft, dass eine Insolvenz Griechenlands vermieden werden kann. Das machte sie in diesem Vis-à-vis-Gespräch deutlich. Wenige Tage vor der Abgeordnetenhauswahl geht es darin natürlich auch um Berliner Landespolitik. Im Folgenden eine sprachlich nur leicht korrigierte Wortlautabschrift des von Ingo Kahle geführten Interviews.

Kahle: Frau Bundeskanzlerin am kommenden Sonntag wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Lange Zeit schien es, als könnten sich sowohl die SPD als auch die Grünen eine Koalition mit der CDU vorstellen. Jetzt haben beide dem eine ganz eindeutige Absage erteilt. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Merkel: Erst einmal freue ich mich, dass die CDU hier einen sehr engagierten Wahlkampf macht. Und die Wahlkämpfe sind ja ohnehin keine Koalitionswahlkämpfe, sondern im Grundsatz kämpft erst einmal jede Partei darum, selbst sehr stark zu werden. Es ist jetzt offensichtlich, insbesondere Frau Künast, aber auch Herr Wowereit sind gezwungen worden, sich Koalitions-Debatten zu stellen. Ich würde dem erst einmal keine größere Bedeutung beimessen. Vor Wahlen ist schon sehr viel gesagt worden. Ich unterstütze die CDU mit Frank Henkel in Berlin und ich finde, sie legt den Finger in die Wunden. Man sollte sich jetzt in den wenigen Tagen, die noch bis zur Wahl verbleiben, vor allem die Themen anschauen. Welche Partei gibt welche Antworten? Die CDU hat hundert Themen identifiziert, bei denen sich in Berlin etwas ändern muss. Und das, finde ich, ist der richtige Zugang zu diesem Wahlkampf.

Kahle: Es gab auf der Bundesebene monatelang Spekulationen, Diskussionen, über schwarz-grün. Hat sich da etwas Grundlegendes geändert? Gibt es da Enttäuschungen?

Merkel: Ich kann mich an solchen Spekulationen sowieso nicht beteiligen. Ich führe eine Christlich-Liberale Koalition. Ich freue mich, dass wir den Wählerauftrag vor noch nicht einmal zwei Jahren bekommen haben. Jetzt heißt es für diese Koalition zu arbeiten. Insofern denke ich nicht jeden Tag über irgendetwas nach, was sein könnte oder nicht. Zum Spekulieren habe ich wenig Zeit.

Kahle: Jedes Prozent Zinserhöhung an den Kapitalmärkten würde für den Berliner Landeshaushalt eine Belastung von 600 Millionen Euro bedeuten. Hat man gerade in den Ländern, haben speziell SPD und Grüne auf der Bundesebene das übersehen?

Merkel: Berlin ist massiv verschuldet. Sie haben es mit Ihren 600 Millionen bei einem Prozent Zinserhöhung ja auf den Punkt gebracht. Über 60 Milliarden Euro Schulden hat das Land Berlin. Und deshalb liegt uns natürlich daran, dass wir eine besonders kluge Politik machen, die Deutschland als ein stabiles Land dastehen lässt. Die auch deutlich macht, dass wir wettbewerbsfähig sind, dass wir als Exportnation reüssieren können. Das ist ja gerade auch hier in der Stadt Berlin ein Manko, was ich sehr beklage, dass man sich viel zu wenig um Arbeitsplätze auch im mittelständischen Bereich kümmert. Die Bundesregierung will einen stabilen Euro. Den gibt es nur, wenn die Europäische Union nicht eine Schuldenunion ist, sondern eine Stabilitätsunion. Und deshalb sprechen wir so sehr darüber, dass alle Länder auch ihre Hausaufgaben machen müssen.

Kahle: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben im Bundestag gesagt, "Scheitert der Euro - scheitert Europa". Ich möchte Sie fragen: Scheitert der Euro wenn Griechenland seine Zahlungsunfähigkeit erklären müsste?

Merkel: Wir arbeiten ja mit allen Mitteln daran, dass dieses nicht geschieht. Wir müssen alles vermeiden, was ungeordnete Prozesse im Bereich des Euro sind. Deshalb ist Verlässlichkeit und

Vertrauen der Märkte so wichtig. Deshalb muss Griechenland die Auflagen erfüllen, die auch von der so genannten Troika, also dem IWF, der EZB und der Kommission gemeinsam mit Griechenland diskutiert wurden. Es war ein sehr unschönes Erlebnis, dass die Troika wieder abreisen musste. Sie wird in dieser Woche wieder nach Griechenland fahren. Und alles, was ich aus Griechenland höre, ist, dass die griechische Regierung doch die Zeichen der Zeit hoffentlich erkannt hat und jetzt die Dinge macht, die auf der Tagesordnung stehen.

Kahle: Wie ernst ist denn die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit? Wie sieht das die Bundesregierung?

Merkel: Die Bundesregierung sieht es so, dass wir volles Vertrauen in die Troika haben. Dass die Troika jetzt mit Griechenland diskutiert, ob die Fortschritte richtig gemacht sind. Wir haben noch etwas Zeit, wenn auch nicht zu viel Zeit, bis auch die nächste Tranche ausgezahlt werden muss. Die Tatsache, dass die Troika zurückkehrt, deutet an, dass Griechenland auch einige Dinge auf die Reihe gebracht hat, die notwendig sind.

Kahle: Es hat eine, man könnte vielleicht sagen, Verschärfung, oder wenn man es neutral formuliert, eine Veränderung der Rhetorik auf Seiten der Bundesregierung gegeben. Der Bundeswirtschaftsminister sagt, es gebe keine Denkverbote. Rainer Brüderle hat letzte Woche im Bundestag erklärt, wer die Spielregeln nicht einhalte, werde notfalls vom Platz gestellt. Wie beurteilen Sie diese Rhetorik Ihres Koalitionspartners?

Merkel: Denkverbote gibt es grundsätzlich nicht in der Politik. Aber wir sind eine Bundesregierung und wir müssen natürlich, wie ich es schon sagte, alle Prozesse, die wir gestalten möchten, auch beherrschen können. Deshalb haben wir uns zum Beispiel sehr früh für einen dauerhaften Stabilitätsmechanismus, den so genannten ESM eingesetzt, in dem zum Beispiel die Anleihen auch in einer Form begeben werden, in der auch das Thema einer Insolvenz eines Staates geordnet betrachtet werden kann. Das gilt aber erst ab 2013. Einen solchen Mechanismus haben wir gegenwärtig nicht, und deshalb muss auch der ESM in Kraft treten. Wir arbeiten in den nächsten Monaten daran, dass dann auch national zu beschließen. Jetzt, für die Ist-Zeit, sehe ich für Griechenland ganz klar die Aufgabe, seine Hausaufgaben zu machen. Ich glaube, wir tun Griechenland den größten Gefallen, wenn wir wenig spekulieren, sondern Griechenland ermutigen, die Verpflichtungen auch umzusetzen, die es eingegangen ist.

Kahle: Man könnte fast vermuten, dass so eine Rhetorik ein bisschen abgesprochen ist, um ein wenig Druck auf Griechenland auszuüben.

Merkel: Ich glaube, Griechenland weiß, was es zu tun hat. Und wir sind ja auch in direktem Kontakt mit den griechischen Verantwortlichen. Mit dem Finanzminister, ich bin es mit dem Ministerpräsidenten. Und wir machen auf diesen Kanälen schon sehr deutlich, wie ernst die Situation ist.

Kahle: Man muss zwei Dinge unterscheiden: Das Eine ist die Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Landes. Das andere ist - wobei man ja gar nicht weiß, wie das eigentlich gehen soll - der Austritt aus der Währungsunion. Was meinen Sie: Muss die Eurozone um jeden Preis zusammengehalten werden?

Merkel: Ich habe meine Position sehr klar gesagt, dass alles daran gesetzt werden muss, den Euroraum politisch zusammenzuhalten. Weil wir sehr schnell zu Domino-Effekten kommen würden. Deshalb haben wir einen politischen Auftrag und so sind ja auch die Verträge gestaltet, dass diejenigen, die im Euroraum sind, einen Beitrag zur Stabilität leisten und ihre Hausaufgaben machen müssen. Ich habe auch die Hoffnung, dass dies gelingen kann. Das Zweite ist: Wir können in einer Währungsunion mit 17 Ländern nur dann alle miteinander einen stabilen Euro haben, wenn wir verhindern, dass es zu unkontrollierten Prozessen kommt. Deshalb ist das oberste Gebot, eine unkontrollierte Zahlungsunfähigkeit zu verhindern, weil das nicht nur Griechenland treffen würde und die Gefahr, dass es alle trifft, zumindest noch etliche andere Länder, sehr groß ist. Da ich gesagt habe "Scheitert der Euro - scheitert Europa" geht es hier um sehr, sehr viel. Und deshalb sollte jeder auch seine Worte sehr vorsichtig wägen. Was wir nicht brauchen können, ist Unruhe auf den

Finanzmärkten. Die Unsicherheiten sind schon groß genug. Und wie Ludwig Erhard schon gesagt hat: Wirtschaftspolitik, und das gilt auch für die Finanzpolitik, ist immer zur Hälfte auch Psychologie.

Kahle. Der Rücktritt des Chefvolkswirtes der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, wirft ja viele Fragen auf. Zum Beispiel: Ist denn die Chance, dass Europa eine Stabilitätsunion wird, jetzt geringer geworden?

Merkel: Nein. Die Europäische Zentralbank hat einen ganz klaren Auftrag. Der lautet, unsere Währung stabil zu halten. Sie hat das auch in den zehn Jahren, was die Inflationsrate anbelangt, besser geschafft als die Bundesbank in den letzten zehn Jahren der D-Mark. Die deutsche Position innerhalb der Europäischen Zentralbank wird unbeschadet dessen, ob Herr Stark das ist oder Herr Asmussen, auch in Zukunft, immer der Stabilitätskultur verpflichtet sein.

Kahle: Der Bundespräsident hat ja darauf hingewiesen und nicht nur er, dass der Ankauf von Staatsanleihen Griechenlands, und jetzt auch Italiens und Spaniens, durch die EZB gegen geltende Verträge verstößt. Jürgen Stark und Jens Weidmann waren im 23-köpfigen EZB-Rat, in dem jeder eine Stimme hat, zusammen mit zwei Vertretern anderer Länder dagegen. Wie ist das jetzt in diesem Gremium: Die Südstaaten entscheiden und der Norden zahlt letztendlich?

Merkel: Wir haben eine kluge Regel. Und die heißt, dass die Europäische Zentralbank unabhängig agiert. Deshalb befasse ich mich auch nicht mit der Frage, wer da wie abstimmt. Das ist im Allgemeinen auch gar nicht Gegenstand der öffentlichen Behandlung. Die EZB ist unabhängig. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, hat das auch noch einmal gesagt. Und auf der anderen Seite hat die Politik die Verantwortung, das aus unserer Sicht Notwendige zu tun. Wir haben den temporären Stabilisierungsfonds, den EFSF. Es wird ja gerade diskutiert, ob wir in Zukunft mehr Instrumente haben werden. Zum Beispiel auch Vorsorgeprogramme oder eben auch Ankaufsmöglichkeiten am Sekundärmarkt. Das allerdings dann unter parlamentarischer Kontrolle aller Mitgliedsstaaten des Euro. Für diesen Teil haben wir Politiker die Verantwortung. Und ich glaube, wir brauchen dieses Instrumentarium, um zu verhindern, dass sich allein schon durch eine freiwillige Beteiligung privater Gläubiger Ansteckungseffekte auf andere Länder ergeben. Das bedeutet, Werkzeuge in der Hand zu haben, um auf bestimmte Ereignisse reagieren zu können. Aber alles eben doch sehr kontrolliert und von den einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmt. Was die EZB macht, das hat mein Vertrauen. Aber das kommentiere und diskutiere ich nicht. Das ist nicht mein Verantwortungsbereich.

Kahle: Könnte denn eine politische Union, die Sie anstreben, oder gar die Vereinigten Staaten von Europa, die immer wieder ins Spiel gebracht werden, das bringen, was die geltenden Verträge nicht erreicht haben, nämlich eine Stabilitätsunion?

Merkel: Wir sollten, glaube ich, und ich habe das letzte Woche im Deutschen Bundestag begonnen, eine Geschichte über die Zukunft Europas und insbesondere der Euro-Region erzählen. Wir haben 17 Länder von 27, die heute den Euro als Zahlungsmittel haben. Wir haben jetzt erkannt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt verbessert werden muss. Die Beschlüsse dazu sind so gut wie gefasst. Es müssen aber auch die Kontrollmechanismen zu ihrer Durchsetzung aktivierbar sein und klappen. Da haben wir ein Manko. Deshalb werden wir auch auf mittlere Frist um Vertragsänderungen in Europa nicht herumkommen. Bislang ist zum Beispiel ein Verfehlen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht beim Europäischen Gerichtshof einklagbar. Das haben damals, als der Stabilitäts- und Wachstumspakt und auch der Lissabonner Vertrag entwickelt wurden, die Mitgliedsstaaten verhindert. Sie wollten das nicht. Und diese Verbindlichkeit, die werden wir brauchen. Ansonsten werden wir das nicht schaffen. Und bis wir eine solche Verbindlichkeit erreichen, haben der französische Präsident und ich vorgeschlagen, dass die Länder sich selbst verpflichten, zum Beispiel indem sie eine Schuldenbremse - wie wir das schon gemacht haben - in ihre Verfassung schreiben und sich damit selbst an die Stabilitätskultur binden.

Kahle: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Kanzlerschaft ja schon einiges erlebt. Wie ist die jetzige Phase, wie würden Sie die beschreiben? Ist das die schwierigste Phase Ihrer Kanzlerschaft?

Merkel: Ich glaube die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, als es eine Bankenkrise war, war auch sehr, sehr anspruchsvoll. Auch das entwickeln von Konjunkturprogrammen war eine komplizierte Angelegenheit.

Kahle: Da hatten Sie aber einen stabileren Koalitionspartner - darf ich das sagen?

Merkel: Ich jammere über keinen meiner Koalitionspartner. Ich habe mit der SPD gut zusammen gearbeitet. Und ich arbeite jetzt mit der FDP sehr gut zusammen. Wir haben jetzt eine völlig neue Herausforderung, die es historisch so auch noch nicht gegeben hat. Dass 17 Länder eine gemeinsame Währung haben. Wir wollen den Erfolg dieser Währung. Deutschland fühlt sich dieser Währung absolut verpflichtet. Wir haben unglaublich viele Vorteile durch diese Währung, weil wir Exportnation sind. Insofern betreten wir hier Neuland. Das ist richtig. Aber der Mensch wächst mit seinen Herausforderungen.

Kahle: Abschließend, Frau Bundeskanzlerin: Sie haben sich zuversichtlich gezeigt, dass Sie für die anstehenden Euro-Entscheidungen auch die Abgeordneten von Union und FDP von der Haltung der Bundesregierung überzeugen können. Darf ich das so verstehen, dass Sie zuversichtlich sind, dass Sie eine Kanzlermehrheit bekommen?

Merkel: Sie dürfen es so verstehen, dass ich zuversichtlich bin, dass Union und FDP gemeinsam mehr Stimmen haben als alle Stimmen der Opposition. Das bedeutet im Übrigen, wenn alle Oppositionsabgeordneten da sind, dass es dann die Mehrheit sein muss, die man gewöhnlich Kanzlermehrheit nennt. Wenn nicht alle da sind - wir wollen eine eigene Mehrheit.